

Für eine saubere Schweiz bis 2050

Der Bundesrat will innerhalb der nächsten 30 Jahre erreichen, dass die Schweiz klimaneutral wird. Nun wird der Ruf nach schärferen Gesetzen laut.

Dominic Wirth

BERN. Netto-Null, so heisst das neue Zauberwort in der Schweizer Klimapolitik. Bis 2050 soll das Land klimaneutral sein. Das heisst, dass es die CO₂-Emissionen so weit wie möglich reduziert – und den Rest wieder aus der Atmosphäre entfernt. Das hat Umweltministerin Simonetta Sommaruga gestern bekannt gegeben. Damit verschärft die Regierung ihr Klimaziel. Bis anhin wollte sie den Treibhausgas-Ausstoss bis 2050 gegenüber 1990 um 70 bis 85 Prozent senken.

Dass man in Bern nun viel weiter gehen will, begründete Sommaruga mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, die ein rascheres Handeln erforderten. 2018 hatte ein Bericht des Weltklimarats gezeigt, dass der Welt bereits bei einer Erwärmung um 1,5 Grad weitreichende Veränderungen der Ökosysteme drohen – und nicht, wie zuvor angenommen, bei 2 Grad. In der Folge gab der Bundesrat eine Überprüfung der Klimaziele in Auftrag.

Heute noch 47 Millionen Tonnen CO₂

Nun heisst das Ziel Netto-Null. So, wie das 20 andere Länder oder Staatengemeinschaften bereits gesetzlich verankert oder zumindest angekündigt haben, darunter Frankreich, Schweden, Japan, Chile und die EU. Für Bundesrätin Sommaruga liegt es für die Schweiz «als verletzlichem Alpenland im ureigenen Interesse, den Klimawandel zu begrenzen».

Das aktuelle Treibhausgas-Inventar der Schweiz weist Emissionen in der Höhe von 47 Millionen CO₂-Äquivalenten aus. Die Schweiz hat nun 30 Jahre Zeit, um diese Emissionen abzubauen. Das sei «wenig Zeit, um viel zu tun», sagte die Bundesrätin gestern. Beim Bund geht man davon aus, dass die CO₂-Emissionen der wichtigsten Sektoren – Verkehr, Gebäude und Industrie – mit bereits bekannten Technologien und erneuerbaren Energieträgern um 95 Prozent reduziert werden können. Bei der Landwirtschaft gestaltet sich das aber schwieriger. Diese zum Teil unvermeidbaren Emissionen sollen durch natürliche CO₂-Speicher wie Wälder und Böden ausgeglichen werden. Daneben hofft man auf neue Technologien. Eine davon funktioniert so: Der Atmosphäre werden Treibhausgase entzogen und gespeichert, etwa in Lagern unter dem Boden. Allerdings steckt die Forschung noch in den Kinderschuhen. Weder über Kosten, Nebenwirkungen noch Risiken weiss man heute genug.

Auslandskompensationen, die in der heutigen Klimapolitik des Bundes eine wichtige Rolle spielen, sollen auch künftig ein Teil der Strategie sein. Gleichzeitig sagte Bundesrätin Sommaruga gestern, dass der Einsatz dieses



Bundesrätin Simonetta Sommaruga schlägt ein ambitionierteres Klimaziel vor.

BILD KEY

«Es bringt nichts, wenn wir den Musterknaben geben, während andere neue Kohlekraftwerke bauen.»

Christian Inmark
Nationalrat SVP/SO

Instruments zunehmend schwieriger und «vor allem auch teuer» werde, weil alle Länder ihre CO₂-Emissionen reduzieren müssten.

Für Netto-Null im Jahr 2050 führt kein Weg an griffigen Massnahmen im Inland vorbei. Wie diese aussehen könnten, wird im Rahmen der Klimastrategie 2050 definiert. Der Bund will diese bis Ende des nächsten Jahres vorlegen. Einen verbindlichen Charakter hat das Netto-Null-Ziel derzeit nicht; es handelt sich um eine Absichtserklärung.

Dereinst aber wird aus der Erklärung eine Gesetzesvorlage werden – und die Politik wird sich auf Massnahmen einigen müssen. Die Parteien reagierten grundsätzlich positiv auf die Pläne des Bundesrats, abgesehen von der SVP. Deren Nationalrat Christian Inmark warnt vor hohen Kosten und sagt, die Schweiz sei nicht alleine auf der Welt, «es bringt nichts, wenn wir den Musterknaben geben, während andere neue Kohlekraftwerke bauen».

Im linksgrünen Lager pocht man derweil auf ein höheres Tempo auf dem Weg zu Netto-Null. GLP-Präsident Jürg Grossen fordert, dass die Schweiz sich bereits das Jahr 2040 zum Ziel setzt; auch Grüne und SP wollen schneller vorwärtsmachen. Nach dem gestrigen Entscheid des Bundesrats wurden Stimmen laut, die schärfere Massnahmen im neuen CO₂-Gesetz fordern. Dieses liegt derzeit beim Parlament, im September befasst sich der Ständerat damit. Es soll die Klimapolitik bis 2030 regeln.

SP-Fraktionschef Roger Nordmann verlangt etwa ein höheres CO₂-Reduktionsziel im Inland. GLP-Präsident Jürg Grossen bekräftigt, dass es schärfere Gesetze im Gebäudebereich sowie Lenkungsabgaben auf Treibstoffe und Flugtickets brauche. Peter Schilliger von der FDP sagt derweil, man müsse «nicht mehr machen». Das CO₂-Gesetz sei schon heute ambitioniert genug, um die Ziele bis 2050 zu erreichen.

Bundesrat schlägt dem Parlament eine AHV-Reform vor

BERN. Eine AHV-Reform soll die Finanzen der ersten Säule bis 2030 stabilisieren. Der Bundesrat hat die Vorlage mit den bereits bekannten Eckwerten gestern verabschiedet. Mit der AHV-Reform wird das Rentenalter der Frauen über vier Jahre hinweg von 64 auf 65 Jahre erhöht. Diesen Nachteil für die Frauen, die bei Inkrafttreten kurz vor der Pensionierung stehen, will der Bundesrat mit Ausgleichsmassnahmen abfedern. Die Renten der Frauen mit Jahrgang 1959 bis 1967 werden bei einem vorzeitigen Bezug weniger stark gekürzt. Frauen mit einem Jahreseinkommen bis 56880 Franken können ihre AHV-Rente ab 64 sogar ohne Kürzung vorbeziehen.

Ausserdem erhalten Frauen mit tiefem bis mittlerem Einkommen, die bis zum Referenzalter oder darüber hinaus arbeiten, eine höhere Altersrente. Diese Ausgleichsmassnahmen verursachen Kosten von insgesamt 700 Millionen Franken pro Jahr – gerechnet auf das Jahr 2031.

Die Pläne des Bundesrates reissen die bekannten Gräben wieder auf. Nach wie vor lehnt die Linke eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen ab. Die Arbeitgeber wollen bei den Ausgleichszahlungen sparen, die SVP und der Gewerbeverband lehnen Kompensationen grundsätzlich ab. (sda)

Journal

Genfer Staatsrat erhielt 10 000 Franken von Hotel

GENÈ. Der im Zusammenhang mit der Affäre Maudet von der Genfer Staatsanwaltschaft vorgeladene CVP-Regierungsrat Serge Dal Busco hat zugegeben, für seine Wahlkampagne vergangenes Jahr 10 000 Franken von der Hotelgruppe Manotel erhalten zu haben. Er habe das Geld jedoch nicht angerührt und vollumfänglich zurückgezahlt. Dal Busco ist von der Genfer Staatsanwaltschaft für den 27. September vorgeladen worden, um im Zusammenhang mit der Affäre Maudet über die Rolle der Hotelgruppe Manotel auszusagen. Aufgrund verschiedener Spekulationen, die seit einigen Tagen in den Westschweizer Medien kursieren, bestätigte der CVP-Regierungsrat die Zahlung.

Gerichtskommission vertagt Entscheid zur Wiederwahl des Bundesanwalts

Die Gerichtskommission will Bundesanwalt Michael Lauber nochmals anhören, bevor sie eine Wahlempfehlung abgibt.

BERN. Die Gerichtskommission des Parlaments hat noch nicht entschieden, ob sie Bundesanwalt Michael Lauber zur Wiederwahl empfiehlt oder nicht. Sie hat den Entscheid auf nächsten Mittwoch vertagt. Das Parlament wird wie geplant am 25. September entscheiden, ob es Lauber für eine weitere Amtszeit wählt.

Die Gerichtskommission hatte ihre Empfehlung für gestern in Aussicht gestellt. Der Grund für die Verschiebung: Der Kommission liegen zwei Anträge von Mitgliedern vor, Lauber nicht zur Wiederwahl zu empfehlen. Der Bundesanwalt müsse zu diesen Anträgen Stellung nehmen können, erklärte Matthias Aebischer (SP/BE), der Präsident der zuständigen Subkommission. Lauber hat bis Montag Zeit für eine Stellungnahme. Auf dieser Basis will die Kommission dann am Mittwoch ihre Empfehlung abgeben.

Vor rund zwei Wochen hatte Aebischer gegenüber Radio SRF gesagt, wenn es beim aktuellen Wissensstand bleibe, könne die Gerichtskommission gar nicht anders, als Lauber zur Wiederwahl zu empfehlen. Bisher gebe es keine Anhaltspunkte dafür, dass Lauber die Amtspflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig schwer verletzt habe. Und nur in diesem Fall könnte die Kommission ihn nicht zur Wiederwahl empfehlen.

Mehrere Vorwürfe

Der Bundesanwalt ist im Zusammenhang mit den Fifa-Verfahren unter Beschuss geraten. Er hatte sich mehrmals informell mit Fifa-Präsident Gianni Infantino getroffen und diese Treffen nicht protokolliert. Gemäss dem Bundesstrafgericht hat er damit gegen Verfahrensregeln verstossen.

Die Aufsichtsbehörde führt ausserdem ein Disziplinarverfahren gegen Lauber. Dabei geht es auch um mindestens ein Treffen, das Lauber gegenüber der Aufsichtsbehörde nicht angegeben hatte. Er machte geltend, sich nicht daran zu erinnern. Als die Aufsichtsbehörde im Mai

die Disziplinaruntersuchung eröffnet hatte, war Lauber zum Gegenangriff übergegangen. Er sprach von einem «Eingriff in die Unabhängigkeit der Bundesanwaltschaft». Es handle sich um eine «heraufbeschworene institutionelle Krise», sagte Lauber damals.

Einen vorläufigen Teilsieg hat Lauber in der Zwischenzeit errungen: Die Aufsichtsbehörde darf die Leitung der Disziplinaruntersuchung nicht an einen Externen delegieren, wie sie es vorgesehen hatte. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Das Parlament muss über die Wiederwahl Laubers entscheiden, bevor die Ergebnisse der Disziplinaruntersuchung vorliegen. Einen Gegenkandidaten wird es laut Aebischer nicht geben: Wählt das Parlament Lauber nicht für eine weitere Amtszeit, wird die Stelle ausgeschrieben.

Eigentlich hätte das Parlament bereits in der Sommersession entscheiden sollen. Die Gerichtskommission beschloss damals aber, die Wiederwahl auf Herbst zu verschieben. Man wolle in der aufgeheizten Situation nichts überstürzen, hiess es. (sda)

Bundesrat will Medien mit 100 Millionen Franken fördern

Anstelle eines neuen Mediengesetzes sollen nebst der Presse neu auch Onlinemedien unterstützt werden.

BERN. Der Bundesrat will Zeitungen stärker unterstützen – und neu auch Onlinemedien. Insgesamt will er fast 100 Millionen Franken pro Jahr zusätzlich einsetzen. Wie diese Zeitung bereits berichtete, will er im Gegenzug auf das von alt Bundesrätin Doris Leuthard konzipierte Mediengesetz verzichten.

Die Medien seien das Fundament der Demokratie, erklärte Medienministerin Simonetta Sommaruga gestern den Entscheid. Daran habe sich nichts geändert. Doch die Einnahmen der Zeitungen gingen stetig zurück. Der Bundesrat wolle diese Entwicklung nicht einfach hinnehmen. Er erachte rasch umsetzbare Massnahmen zur Unterstützung als sinnvoll und notwendig.

Neu sollen über das bestehende Radio- und Fernsehgesetz auch Onlinemedien unterstützt werden. Deren Bedeutung wachse, sagte Sommaruga. Die Bevölkerung informiere sich zunehmend

im Internet. Allerdings sei die Bereitschaft, für digitale Medienangebote zu bezahlen, weiterhin gering.

Der Bundesrat will die Gratismentalität jedoch nicht zusätzlich fördern. Unterstützen will er deshalb nur kostenpflichtige Digitalangebote. Profitieren sollen Anbieter, die digitale Medieninhalte verkaufen und so eine längerfristige Finanzierbarkeit anvisieren. Der Bundesrat geht davon aus, dass dies 50 Millionen Franken im Jahr kostet. Die Onlineförderung soll vorerst zeitlich befristet werden. Zudem definiert er Voraussetzungen für die Unterstützung: Ein bestimmter Anteil des Angebots muss redaktionellen Inhalts sein; ein kontinuierliches Angebot sowie journalistische Standards müssen gewährleistet sein.

Die indirekte Presseförderung besteht in den Ermässigungen für die Postzustellung, von welchen heute Zeitungen profitieren. Der Bundesrat will diese ausbauen. Er schlägt vor, den Kreis der anspruchsberechtigten abonnierten Tages- und Wochenzeitungen zu erweitern. (sda)